

Johannes Schraps.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 02/2024

07. Februar 2024

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

in der vergangenen Woche haben wir den Bundeshaushalt 2024 abgeschlossen und beenden so die vorläufige Haushaltsführung. Damit bringen wir viele Förderprogramme wieder zum Laufen und schaffen Planungssicherheit für Unternehmen. Wir sorgen weiter sowohl für innere, für äußere und für soziale Sicherheit. Einen Abbau des Sozialstaats gibt es mit uns nicht! Wir lassen die Bürgerinnen und Bürger auch in schwierigen Zeiten nicht allein. Warum nun kurz nach der entscheidenden Sitzung des Haushaltsausschusses über einen höheren Kinderfreibetrag diskutiert wird, kann ich nicht nachvollziehen. Klar ist: Eine einseitige Erhöhung des Kinderfreibetrags, ohne zugleich das Kindergeld anzuheben, wird es mit uns nicht geben. Ich bin dafür, ein neues Kindergeld auf den Weg zu bringen – auch um künftig weitere Debatten über die ungleichen Leistungen für Kinder nicht mehr aufkommen zu lassen. Vor 79 Jahren – am 27. Januar 1945 – wurden die Überlebenden im KZ Auschwitz befreit. Die dort und in den vielen anderen Konzentrationslagern stattgefundene industrielle Vernichtung von Menschen ist ein historisch beispielloses Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Bereits am Samstag haben wir anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus an vielen Orten der Millionen Ermordeten gedacht. Im Bundestag findet in dieser Woche eine Gedenkstunde statt. Auch heutzutage gibt es Menschen in Deutschland, die unsere plurale Gesellschaft und unseren demokratischen Rechtsstaat zerstören wollen. Diesen Menschen und ihrer völkischen Ideologie stellen wir uns entschieden immer und überall entgegen – das ist gemeinsame Aufgabe und Verantwortung aller demokratischen Parteien. Ich bin stolz und beeindruckt, dass die Mehrheit im Land nun in Ost und West auf die Straße geht und zeigt: Wir sind gegen Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus – und für eine freie und demokratische Gesellschaft, in der Menschen unabhängig von Aussehen und Herkunft leben können. Wir sind mehr!

Unsere Demokratie ist wehrhaft und unser Grundgesetz hat Instrumente, um sie zu schützen und zu verteidigen.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen.

Euer *Johannes Schraps*



Inhaltsverzeichnis

- Seite 2 & 3** — Grüne Woche in Berlin
- Seite 4** — Besuch in der BDH-Klinik H-O
— Besuch in der DRK-Kita Emmerthal
- Seite 5** — Parlamentarischer Abend des VSM
— #We Remember
- Seite 6** — JHV VfR Hehlen - Schraps-Pokal
— Treffen mit Migrationsrat HM-PY
- Seite 7** — Demo: Holzminden ist bunt
- Seite 8** — Demo gegen Rechts in Uslar
— Schülerdemo in Hameln
- Seite 9, 10 & 11** — Bundeshaushalt 2024
- Seite 12** — Girls Day 2024 im Bundestag

Terminauswahl

| **Mi, 7.2.** | **18 Uhr** | **Stadtoldendorf** | **Haus am Eberbach** - Kaminabend des SPD-Unterbezirks Holzminden
| **Fr, 9.2.** | **18 Uhr** | **Fürstenberg** | Eröffnung der Sonderausstellung „BrotZeit“ im Museum im Schloss
| **Sa, 10.2.** | **11 Uhr** | **Hameln** | **Bürgergarten**
Kundgebung gegen Rechtsextremismus und für Demokratie unter dem Motto „Laut gegen Rechts!“

Ihr findet mich auch bei:



GRÜNE WOCHEN IN BERLIN



Rückblick auf die Grüne Woche in Berlin: Das Weserbergland war wieder richtig prominent in der Niedersachsen-Halle der Grünen Woche vertreten. Natürlich stand dabei das Weserbergland als wunderbar vielfältige touristische Ausflugsregion im Mittelpunkt. Gemeinsam mit der Region Mittelweser wurde die gesamte Weserschiene gemeinsam beworben. Neben dem Weser-Radweg und den bekannten örtlichen Figuren wie dem Rattenfänger oder Baron von Münchhausen stellten sich aber auch heimische Unternehmen am Weserbergland-Stand vor. Petri Feinkost aus Glesse, wo ich schon mehrfach zu Gast war, konnte wie in den vergangenen Jahren mit dem leckeren Petrella-Käse punkten. Vielen vorbeilau- fende Besucherinnen und Besu-

cher blieben stehen und kosten- ten von den ver- schiedenen Frischkäse- Sorten. Neu dabei war in die- sem Jahr auch Ayluna Natur- kosmetik. Bis vor ei- niger Zeit in Hess. Oldendorf ansässig, hat das Unternehmen mittler- weile in der Hamelner Fluhamel- straße ein neues und größeres Domizil gefunden und auf der Grünen Woche bei ganz vielen Besucherinnen und Besuchern einen sehr po- sitiven Eindruck hinterlassen. Einen beson- ders prominen- ten Platz hatte das Heidelbeer- dorf Schlarpe auf der diesjäh- rigen Grünen Woche. Direkt am Ein- gang der gro- ßen Nieder- sachsen-Halle durfte das Dorf sich und die Umsetzung des Projekts „Unser

Dorf hat Zukunft“ am Stand des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft der Niedersächsi- schen Landesregierung vorstel- len. Und dabei machte das Team rund um Bürgermeister Andreas Staenger eine ausgezeichnete Figur. Klar, dass ich direkt am Er- öffnungstag auch am Stand vorbeigeschaut habe. Ich finde es großartig wie sich das Dorf im Berlin präsentiert und zeigt, wie weit man im ländlichen Raum mit viel Zusammenhalt im Dorf so kommen kann. Ich kann nur raten, sich einmal die Broschüren anzuschauen oder vor Ort in Schlarpe anzu- schauen, was rund um die Dorf- gemeinschaftsanlage alles so entstanden ist. Und aufgefallen ist die Schlarper Truppe mit den knallroten Pullis auch jedem, der am Stand vorbeigelaufen ist.



GRÜNE WOCHEN IN BERLIN

Natürlich waren auch wieder viele Vertreterinnen und Vertreter aus der Kommunalpolitik aus meinem Wahlkreis für die Grüne Woche nach Berlin gekommen.

Mit Landrat Dirk Adomat und dem Kreisrat Dr. Joachim Steinbeck sowie den Bürgermeistern Andreas Wittrock (Aerzen), Clemens Pomerening (Salzhemmendorf), Klaus Blome (Bad Pyrmont) und Hans-Ulrich Peschka (Coppensbrügge) waren die Verwaltungsspitzen aus dem Landkreis Hameln-Pyrmont prima vertreten. Am folgenden Tag traf ich mich am frühen Vormittag mit den Bürgermeistern auch im Bundestag nochmal zu einem vertiefenden Gespräch und habe mich sehr gefreut, dass sie auch den ehemaligen Hess. Oldendorfer Bürgermeister Harald Krüger, der mitt-



lerweile in Berlin lebt, mit dazu gebeten hatten. Eine wirklich schöne Geste.

Aus dem Kreistag Hameln-Pyrmont waren mit dem Kreistagsvorsitzenden Manfred Roth, Bettine Schultze, Sarah Schneider, Elke Domeyer

und Anke Blume ebenfalls fünf VertreterInnen dabei.

Und auch aus dem Landkreis Holzminden war die Spitze der Kreisverwaltung mit Landrat Michael Schünemann und der Ersten Kreisrätin Sarah Humburg sehr gut vertreten. Dazu mit Thomas Junker auch der Samtgemeinde-Bürgermeister aus Bevern.

Sie alle nutzten die Gelegenheit, um mit Landesministern wie Olaf Lies oder mit Claudia Müller der Parlamentarischen Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, ins Gespräch zu kommen, sich umfassend über die verschiedenen vielfältigen Angebote der Grünen Woche zu informieren und neue Kontakte zu anderen Kommunen und Landkreisen zu knüpfen. Gut, dass viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Weserbergland extra nach Berlin kommen und diesen Austausch bereichern. Auch viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag sowie dem Niedersächsischen Landtag nutzen diese Gelegenheit zum intensiven Austausch mit den Kommunalen Vertretern.



BESUCH DER BDH-KLINIK IN HESS. OLDENDORF



Seit dem vergangenen Herbst ist Michael Hengstermann neuer Geschäftsführer der BDH Klinik in Hessisch Oldendorf. Mit ihm und dem ärztlichen Direktor

Herausforderungen zu besprechen. Als Neurologisches Zentrum mit Intensivmedizin, Stroke Unit und phasenübergreifender Rehabilitation ist die BDH-Klinik

Prof. Dr. Jens Rollnik habe ich mich nun mal wieder zusammengesetzt, um über die weitere Stärkung des Klinikstandorts und die aktuellen

in Hess. Oldendorf ohnehin ein exzellenter Standort mit hervorragendem Ruf in unserer Region. Gemeinsam mit meinen Landtagskollegen setze ich mich für eine weitere Stärkung ein. Ich bin froh, dass ich den guten Draht, den es zum langjährigen Geschäftsführer Uwe Janosch immer gab, auch mit Michael Hengstermann gewohnt fortführen kann. Der ist im Haus übrigens kein Unbekannter. Als stellvertretender Verwaltungsdirektor und Leiter des Controllings kennt er die Klinik schon seit vielen Jahren. Herzlichen Dank für das informative Gespräch.

BESUCH DER DRK-KITA IN EMMERTHAL



Regelmäßig besuche ich nicht nur Unternehmen, sondern auch Bildungseinrichtungen in meinem Wahlkreis. Durch den Rotkreuz Spiegel, die Mitgliederzeitschrift des DRK, bin auf den „Geben und Nehmen“-Schrank der DRK-Kita in der Neuen Straße in Emmerthal

aufmerksam geworden. Dort kann jeder Spielzeug, Kleidung etc., die nicht mehr benötigt wird, ablegen oder kostenlos etwas mitnehmen. Das ist nachhaltig und unterstützt gleichzeitig Menschen, die nicht so wohlhabend sind. Zur Zeit werden in der Kita 106 Kinder betreut, sie ist somit eine der größeren Kitas im Wahlkreis. Beim gemeinsamen Frühstück und beim Basteln einer „Gefühlsuhr“ konnte ich mir einen Einblick in die wertvolle Arbeit der Mitarbeitenden verschaffen. Mit den „Schulkindern“ wird zur Zeit über Gefühle gesprochen, O-Ton eines Kindes: „Wer über Gefühle sprechen kann, ist ein König“. Richtig so. Auch das MINT-Projekt der Firma Phoenix Contact hat mich sehr begeistert. So wird Kindern bereits im Kindergartenalter spielerisch Naturwissenschaft nahe gebracht. Falls ihr Interesse am Projekt habt, könnt ihr gern die Er-

reichbarkeit in meinen Büros erfragen. Zum Abschluss haben die Kita-Leiterin, Ute Schramm und ich in den „Geben und Nehmen“-Schrank geschaut und festgestellt, dass er sehr gut – nicht nur von Kita Eltern – angenommen wird. Toll!



PARLAMENTARISCHER ABEND DES VERBAND FÜR SCHIFFSBAU UND MEERESTECHNIK E.V. (VSM)



Neben den dramatischen geopolitischen Entwicklungen mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat uns in Deutschland im

Maritime Industrie eine wichtige Rolle: die Marine, kritische Infrastruktur auf und unter Wasser, der Bau von LNG-Import-Terminals, der

abgelaufenen Jahr vor allem eine Auswirkung des Krieges umgetrieben. Die Energiepolitik war eines der beherrschenden Themen. In den beiden Themenfeldern spielt auch die

Offshore-Ausbau von Erneuerbaren Energien oder klimaneutrale Schiffe. Die zahlreichen Themen boten wahrlich mehr als genug Gesprächsstoff für den Parlamentarischen Abend des VSM. Als Vize-Präsident des Verbandes für Schiffbau- und Meerestechnik war auch Geschäftsführer Klaus Deleroi von Reintjes aus Hameln dafür nach Berlin gereist. Beim Parlamentarischen Abend, aber auch noch in einem persönlichen Gespräch am folgenden Morgen im Bundestag haben wir uns intensiv über die aktuelle Situation an den maritimen Märkten ausgetauscht. Vielen Dank für den Besuch und für die wie immer vertrauensvollen und aufschlussreichen Gespräche.

#WE REMEMBER

Wir gedenken der Opfer des Holocaust.

Wir gedenken der ermordeten Jüdinnen und Juden, der Toten der Sinti und Roma, der verfolgten Homosexuellen.

Wir gedenken der Millionen Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt, vertrieben und ermordet wurden – wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer politischen Überzeugung oder ihrer Meinung. Die industrielle Vernichtung von Menschen ist ein beispielloses Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Am 27. Januar 1945 wurden die Überlebenden im KZ Auschwitz



befreit.

Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit dürfen in unserer Gesellschaft nie wieder Platz finden.

Es ist unsere Verantwortung und Pflicht, die Würde aller Menschen und unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen und gegen Hass und Hetze, gegen Gewalt und jede Form von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zu verteidigen. Deshalb: Kein Schlussstrich!

Wir dürfen und werden die Opfer des Nationalsozialismus niemals vergessen. Nie wieder ist jetzt.

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DES V.F.R. HEHLEN

Ich habe mich sehr über die Einladung zur Jahreshauptversammlung des V.f.R. Hehlen gefreut. Über 50 Teilnehmende waren im Gasthaus Hoffmeister in Hehlen mit dabei. Vereinsvorsitzender Joachim Lienig, Kassierer Alexander Lienig und der Leiter der Jugendabteilung Marc Dühring ließen die letzten 18 Monate Revue passieren. Neben einer Ehrung für 50-jährige Mitgliedschaft im Verein - herzlichen Glückwunsch auch nochmal an dieser Stelle an Detlef Ebeling - konnte ich auch wieder den von mir gesponsorten Vereinspokal überreichen. In diesem Jahr fiel die Wahl auf Carsten Wiemann, der sich unter anderem hervorragend um die Instandsetzung des Vereinsgeländes gekümmert hat. Herzlichen Glück-

wunsch zu dieser verdienten Auszeichnung für besondere ehrenamtliches Engagement im Verein. Mit Michael Kersting übernahm zudem ein neuer Vorsitzender das

Ruder von Jo Lienig. Schön, dass die nächste Generation Verantwortung im Ehrenamt übernimmt. Herzlichen Dank für die Einladung und die schönen Stunden.



TREFFEN MIT DEM MIGRATIONS RAT HAMELN

Bei dem Potsdamer Treffen von Rechtsextremen im November war nach Recherchen des Medienhauses Correctiv besprochen worden,

wie Menschen mit Migrationsgeschichte aus dem Land geschafft, gedrängt oder abgeschoben werden könnten. Diese Enthüllungen

haben mich entsetzt. Dieses Gedankengut ist mit unserer Demokratie und mit einem Rechtsstaat nicht vereinbar. Umso wichtiger war es mir, mich kurzfristig mit dem Migrationsrat im Landkreis Hameln-Pyrmont zu treffen. Im persönlichen Gespräch mit dem Vorsitzenden Ahmet Özcan und seiner Stellvertreterin Aromita Sen-Richter habe ich auch ganz persönlich ausgedrückt, dass Menschen mit Migrationsgeschichte selbstverständlich zu unserer Gesellschaft gehören und auch an ganz vielen Stellen bereichern. Meine vollste Solidarität allen Menschen, die sich angesichts der bekannt gewordenen rassistischen Pläne Sorgen machen. Herzlichen Dank für den offenen Austausch.



HOLZMINDEN IST BUNT! - DEMO FÜR DEMOKRATIE

„Holzminden ist bunt“, unter diesem Motto riefen ein breites Bündnis von allen demokratischen Parteien, Religionsgemeinschaften, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, dem Kreissportbund, den Bündnissen gegen Rechts, dem Jugend- und Seniorenrat Holzminden und vielen weiteren auf, um symbolisch fünf Minuten vor zwölf zu einer Kundgebung auf dem Holzmindener Marktplatz zu kommen. Es war beeindruckend, dass diesem Aufruf weit über 2.000 Menschen aus der Region gefolgt sind. In seiner Eröffnungsrede hielt Bürgermeister Christian Belke ein Plädoyer für unsere freiheitlichen, demokratischen Werte. Seiner direkten Aufforderung: „Die bislang schweigende Mitte darf nicht zulassen, dass andere über lebenswert und nicht lebenswert entscheiden“, hat zu Recht großen Beifall der Teilnehmenden erhalten und kann so nur unterstützt werden.

Landrat Michael Schünemann unterstreicht diese Worte noch deutlich mit der Erinnerung, dass am heutigen 27.01 vor 79 Jahren das KZ Auschwitz befreit wurde und sich die Geschichte niemals wiederholen darf. Der Redebeitrag von Superintendentin Christiane Nadjé-Wirth, die stellvertretend auch für die katholische, die Freikirche, die jüdische sowie die islamische Gemeinde spricht, betont in Ihrer Ansprache,

dass die Würde des Menschen über allem steht und unantastbar ist. Dass die Vielfalt und die Toleranz, die auch und gerade bei dieser Veranstaltung wieder sichtbar werden, unsere Region ausmachen.

In meinem Redebeitrag, den ich auch stellvertretend für meine beiden Bundestagskollegen hielt, die nicht teilnehmen konnten, unterstrich ich einmal mehr die Wichtigkeit bei allen Unterschieden in der Gesellschaft immer wieder den Dialog zu suchen und nicht auf hetzerische, einseitige Parolen zu hören. Es war beeindruckend, dass hier an diesem Tag so viele Menschen von

alt bis jung und viele Familien mit Plakaten und durch Ihre Anwesenheit dies auch deutlich unterstrichen haben. Der Marktplatz war pickepacke voll! Holzminden ist und bleibt bunt!



DEMO GEGEN RECHTS VOR DEM USLARER RATHAUS

Am Wochenende kamen weit über 600 Menschen aus der Region in Uslar auf dem Marktplatz zusammen, um für eine offene und bunte Gesellschaft zu demonstrieren. In seiner Eröffnungsrede sprach Bürgermeister Torsten Bauer vom Uslarer Land als toleranter und welt-offener Region, in der es für Hass, Hetze und Extremismus keinen Platz gibt. Da hat er recht. Dies wurde auch nochmal in den Redebeiträgen unseres SPD-Vertreters Sven Borchert und anderen politischen Vertreter:innen deutlich. Ein gemeinsames demokratisches Miteinander gegen rechte Bestrebungen ist nötig. Die Stimme gegen Hass, Ausgrenzung und Populismus zu erheben ebenso. In meinem Redebeitrag habe

ich nochmal deutlich gemacht, dass in unserer Region die Vielfältigkeit und das gelebte miteinander aller Bevölkerungsgruppen ein

unverzichtbarer Teil sind und bleiben werden. Diese Grundhaltung ist nicht verhandelbar, nicht in Uslar und auch nirgends anders.



SCHÜLERDEMO GEGEN RECHTS IN HAMELN

Ein tolles Zeichen, dass so viele Schülerinnen und Schüler nicht bis zum 10.02. auf die Veranstaltung „Laut gegen Rechts“ vom „Bündnis Bunt statt Braun Hameln-Pyrmont“ im Bürgergarten warten wollten und eigenständig bereits vorher eine Demo durch die Stadt Hameln organisiert und durchgeführt haben.

Herzlichen Dank dafür an die drei Initiatorinnen von „Schüler gegen Rechts“ Zeynep, Hivda und Amelie für ihren großartigen Einsatz. Es freut mich persönlich sehr, dass gerade junge Menschen die Wichtigkeit erkennen, dass wir uns für unsere demokratischen Werte aktiv einsetzen und konsequent dafür eintreten müssen. Dies wurde hier

eindrucksvoll und friedlich getan. Am 10.02 wird bei der Demonstration, die schon jetzt wegen der zu erwartenden Menschenmenge in den Hamelner Bürgergarten verlegt wurde, nochmal eine Möglichkeit bestehen, zu zeigen, dass wir in einer weltoffenen Region leben. Eine Ausgrenzung und Diffamierung einzelner Personengruppen hat in unserer Gesellschaft keinen Platz. Mit Margot Käßmann konnte als Hauptrednerin die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche gewonnen werden. Ich hoffe, dass am Samstag wir gemeinsam ein weiteres starkes Zeichen aus unserer Region senden werden und hoffe auf zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer.



UNSERE SCHWERPUNKTE IM HAUSHALT 2024

Die Rahmendaten des Bundeshaushalts 2024

2024 sind nun Ausgaben des Bundes in Höhe von 476,81 Milliarden Euro vorgesehen, das sind 3,4 Prozent mehr als 2023. Die Neuverschuldung liegt bei 39,03 Milliarden Euro. Damit halten wir die Schuldenbremse des Grundgesetzes ein. Auf der Einnahmenseite wird mit Steuereinnahmen von 377,61 Milliarden Euro und 60,17 Milliarden Euro sonstigen Einnahmen gerechnet, dazu gehören zum Beispiel die Entnahme aus der Rücklage und Einnahmen aus dem Windenergieauf-See-Gesetz.

Für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Unsere Gesellschaft braucht Zusammenhalt. Nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund wachsender antisemitischer Gewalt braucht es mehr politische Bildung, Präventionsarbeit und Aufklärung. Dies gilt gerade auch im digitalen Raum. Nur so kann Hass und Hetze, Falschinformationen und Verfassungsfeinden getrotzt werden. Ein wichtiger Akteur ist die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Wir haben die Mittel für die BpB gegenüber dem Regierungsentwurf um 20 Millionen Euro erhöht und die dort vorgesehenen Kürzungen verhindert. Die BpB erhält u.a. 6,1 Millionen Euro für den Auf- und Ausbau digitaler politischer Bildung und Medienbildung, 4,2 Millionen Euro für Vorhaben im Bereich der Extremismusprävention und Maßnahmen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Gewalt und Ausgrenzung sowie vier Millionen

Euro für die Förderung externer Träger der politischen Bildung.

Durch zusätzliche vier Millionen Euro kann das Förderprogramm „respekt*land“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes fortgesetzt werden. Damit wird gemeinsam mit den Bundesländern das zivilgesellschaftliche Beratungsnetz für Antidiskriminierung bundesweit ausgebaut. Auch das Projekt „Respekt Coaches“ wird weitergeführt! Diese „Respekt Coaches“ führen passgenaue Angebote an Schulen im Bereich der politischen Bildung durch, um die Demokratie zu stärken. Auch die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration erhält eine Million Euro zusätzlich für die Bekämpfung von Antisemitismus und Rechtsextremismus sowie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Besonders wichtig war uns, dass die Förderung für „HateAid“ weiterläuft. Der Kampf gegen digitale Gewalt ist gerade in diesen Zeiten wichtig, in denen sich Menschen im digitalen Raum häufig nicht mehr sicher fühlen. Den Beauftragten für Ostdeutschland unterstützen wir mit einer Million Euro beim Aufbau des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation und bringen damit ein wichtiges Projekt voran.

Wir haben erfolgreich die vorgesehenen massiven Kürzungen bei den Freiwilligendiensten und dem Bundesfreiwilligendienst verhindert. Das ist ein wichtiges Zeichen an die vielen Freiwilligen, aber auch an die Träger sozialer Einrichtungen im ganzen Land. Wir stärken sie mit 80 Millionen Euro zusätzlich. Auch Jugendaustausche und der internati-

onale Freiwilligendienst der UNESCO können fortgeführt werden, ebenso wie das Jugendprojekt PEACE-LINE, das durch den Volksbund organisiert wird.

Familien fördern, Jugendliche unterstützen

Wir haben das Elterngeld reformiert und schärfen es so als gleichstellungspolitisches Instrument. Wir stärken dadurch die Verantwortung von Vätern für die Care-Arbeit. Ab dem 1. April 2024 kann maximal für einen Monat gemeinsam Basis-Elterngeld bezogen werden. Die ursprünglich geplanten Kürzungen beim Elterngeld kommen so nicht. Für Kinder, die ab dem 1. April 2024 geboren werden, sinkt die Einkommensgrenze für Paare und für Alleinerziehende auf 200.000 Euro zu versteuerndem Einkommen. In einem zweiten Schritt senken wir diese Grenze ab dem 1. April 2025 auf 175.000 Euro ab.

Für Planungs- und Umsetzungskosten für die Einführung der sozialpolitisch zentralen Kindergrundsicherung stellen wir 100 Millionen Euro bereit. Für den Kinderzuschlag, den wir als Zwischenschritt zu einer arbeitsfesten Kindergrundsicherung zum 1. Januar 2023 auf bis zu 250 Euro pro Kind erhöht haben, stellen wir 2024 insgesamt fast 2,3 Milliarden Euro bereit. Die Mittel für das wichtigste Förderinstrument der Jugendpolitik des Bundes, den Kinder- und Jugendplan (KJP), steigen um 4,5 Millionen Euro. Das zeigt: Wir haben Kinder und Jugendliche im Blick und lassen Familien und Alleinerziehende nicht allein.

UNSERE SCHWERPUNKTE IM HAUSHALT 2024

Für soziale Sicherheit

Stabile Sozialsysteme sind eine wichtige Grundlage unserer Demokratie. Deshalb stand eine Kürzung beim Sozialstaat für uns nie zur Debatte. Im Gegenteil: Wir haben den Sozialstaat in unserer Regierungszeit stärken können. Im Haushalt 2024 findet sich das wieder: Das Gesamtbudget für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und für die Verwaltungskosten der Jobcenter ist auf dem gleichen Niveau geblieben wie 2023. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) wird zu einer Agentur für Arbeit und Qualifizierung weiterentwickelt. Künftig ist sie auch für die Förderung beruflicher Weiterbildung und die Betreuung von Menschen in einer beruflichen Reha zuständig. Für die Berufsberatung für unter 25-Jährige bleibt die BA auch weiterhin zuständig. Ursprünglich war geplant, diese in den beitragsfinanzierten Bereich des SGB III zu überführen. Wir sorgen weiterhin für stabile Renten. Besonders erfreulich: Ein Jahr früher als vorausgesagt haben wir die Rentenangleichung Ost/West erreicht. Das heißt, dass ein Rentenpunkt in allen Bundesländern endlich gleich viel wert ist. Aufgrund der positiven Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung – mehr Menschen in Arbeit, mehr Beiträge für die Rentenkassen – kann der Bundeszuschuss in den Jahren 2024 bis 2027 um jeweils 1,2 Milliarden Euro abgesenkt werden, ohne die finanzielle Stabilität der Rentenversicherung zu gefährden. Es ist uns gelungen, den Ansatz des BAföG um 150 Millionen Euro zu erhöhen. Dies haben wir verbunden mit dem Auftrag an das Ministerium, eine

strukturelle Reform des BAföG mit Wirkung zum Wintersemester 2024/25 umzusetzen. Damit soll die Ausbildungsförderung den massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten und der Lebens- und Studienrealität der Studierenden besser gerecht zu werden. Wir haben die größte Wohngeldreform in der Geschichte unseres Landes gemacht, um mehr Menschen zu helfen, in schwierigen Zeiten ihre Wohnkosten weiter tragen zu können. Das hat funktioniert: Mehr Menschen erhalten mehr Geld und damit eine dauerhafte Entlastung. 2,42 Milliarden Euro stellt der Bund für das Wohngeld und den Heizkostenzuschuss in 2024 zur Verfügung. Der Gesundheitsetat beträgt 16,7 Milliarden Euro. Während der Beratungen konnten insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, internationale Gesundheit, Gesundheitsprävention und Forschung zu Long-Covid die Umsetzung zentraler Punkte des Koalitionsvertrages angeschoben werden. Auf unsere Initiative hin stehen nun über 100 Millionen Euro für die nächsten fünf Jahre für Forschungsvorhaben zu Long-Covid zur Verfügung.

Investitionen in die Zukunft

Investitionen brauchen Sicherheit: Wir konnten sicherstellen, dass die angekündigten industriepolitischen Investitionen, beispielsweise im Bereich Halbleiter, Ladeinfrastruktur etc. auch umgesetzt werden. Trotz Umstrukturierungen im KTF können viele wichtige Projekte hier abgesichert werden. Allein die Wärmewende im Gebäudebereich wird in den kommenden Jahren mit 26 Milliarden Euro gefördert. Eine Milliarde Euro stellen wir für

den Umbau der Nutztierhaltung zu Verfügung, damit unterstützen wir die Landwirt:innen und sorgen für eine artgerechtere Haltung.

Wohnen darf kein Luxus sein: Wir setzen einen deutlichen Schwerpunkt auf die Schaffung von bezahlbarem und barrierearmen Wohnraum, innovative und klimaangepasste Stadtentwicklung sowie auf klimaneutrales und ressourcenschonendes Bauen.

Verfahren und Digitalisierung beschleunigen

Auch das Dauerthema Digitalisierung der Verwaltung und der Verfahren wird 2024 finanziell gut ausgestattet. Wir wollen die Justiz in Deutschland weiter digitalisieren. Dazu prüft das Bundesministerium der Justiz nun, wie eine Justiz-Cloud bundesweit so eingesetzt werden kann, dass Justiz und Behörden miteinander kommunizieren und Daten austauschen können. Neue Impulse werden auch bei der Digitalisierung der Bundesverwaltung gesetzt. Die zentrale Planungs- und Umsetzungsinstanz von Bund und Ländern, die Föderale IT-Kooperation (FITKO) soll deutlich wachsen und der Bundesanteil von 9,6 Millionen Euro in 2023 auf 43 Millionen Euro erhöht werden. Weitere Mittel stehen im Regierungsentwurf für die Kernprojekte der Verwaltungsdigitalisierung (eID) (40 Millionen Euro) und Registermodernisierung (75,6 Millionen Euro) bereit. Zur Umsetzung von Modellvorhaben der Registermodernisierung stellen wir zwei Millionen Euro zur Verfügung. Das auf parlamentarischen Beschluss hin errichtete Zentrum für digitale Souveränität soll künftig

UNSERE SCHWERPUNKTE IM HAUSHALT 2024

Verantwortung mit Sicherheit

Der Etat des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) ist für die gegenwärtigen Herausforderungen gut aufgestellt. In der Bereinigungssitzung konnten 1.000 neue Planstellen bei der Bundespolizei schaffen. Auch das Technische Hilfswerk und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe werden angemessen ausgestattet. Der Etat des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) steigt ebenfalls. Für 2024 stehen insgesamt 51,9 Milliarden Euro zur Verfügung – ein Plus von 1,68 Milliarden Euro im Vergleich zu 2023. Für 2024 fließen überdies 19,8 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen zu. Der gesamte Verteidigungshaushalt steigt damit auf 71 Milliarden Euro. Damit machen die Verteidigungsausgaben 2,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Die Mittel investieren wir in die Materialerhaltung und in Bekleidung. Die Mittel aus dem Sondervermögen fließen vor allem in wichtige Ausrüstungsvorhaben.

Die Ukraine unterstützen

Für 2024 stärken wir unser Engagement für die Ukraine. Wir verdoppeln die Hilfen von vier auf acht Milliarden Euro und bleiben damit zweitgrößter Unterstützer der Ukraine – mit insgesamt 19,9 Milliarden Euro. Das findet sich in vielen Einzelplänen der Ministerien wieder. Wir nehmen unsere Verantwortung in der Welt wahr. Das zeigt sich auch daran, dass im Etat des Auswärtigen Amtes 500 Millionen Euro im parlamentarischen Verfahren zusätzlich für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt wurden – insgesamt 2,2 Milliarden Euro für 2024. Deutschland bleibt somit

weltweit der zweitgrößte Geber nach den USA. 45 Millionen Euro sind für entwicklungspolitische Bildung und 58 Millionen Euro für das World Food Programme vorgesehen. Ein besonderer Fokus liegt seit 2022 auf der feministischen Entwicklungspolitik, deshalb wird das Programm UN Women mit der Rekordsumme von 20 Millionen Euro unterstützt. Allerdings verringert sich der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gegenüber dem Vorjahr und beträgt 11,27 Milliarden Euro. Damit ist der Etat angesichts der zahlreichen globalen Krisen und Herausforderungen zwar deutlich „auf Kante genäht“. Dennoch ist das Niveau höher als in den Vor-Corona-Jahren. Sechs Millionen Euro sind für die politischen Stiftungen für ihre Arbeit in Russland vorgesehen. Aufgrund der Bedeutung als unabhängiger Think-Tank im Bereich der China-Forschung wird der Bund das Mercator Institute for China Studies (MERICS) mit 500.000 Euro fördern. Damit soll die China-Kompetenz des Bundes weiter gestärkt werden.

Integration leisten

Mit einem breiten und leistungsfähigen Integrationsangebot unterstützen wir Menschen zielgerichtet bei der sprachlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Integration. Angesichts der hohen Zahlen von geflüchteten Menschen in den letzten Jahren setzen wir damit einen wichtigen Schwerpunkt. In der Bereinigungssitzung wurden die Mittel dafür nochmal um 188 Millionen Euro erhöht, so dass nun erst-

mals über eine Milliarde Euro für Integrationsangebote zur Verfügung steht. Dazu gehört das erfolgreiche Bundesprogramm „Integrationskurs mit Kind“ für kursbegleitende Kinderbetreuung, das fortgeführt werden kann. Dazu gehört auch, dass bei der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) nicht gekürzt wird, sondern wir die Mittel auf 77 Millionen Euro erhöhen. Damit können die Träger ihr Orientierungs- und Beratungsangebot weiterhin flächendeckend und bedarfsgerecht aufrechterhalten. Wir wollen Geflüchtete schneller in Arbeit bringen – so gelingt Integration am besten. Gleichzeitig gewinnen wir so dringend benötigte Arbeitskräfte und entlasten die Sozialsysteme. Dazu dient der „Jobturbo“. Mit verschiedenen Maßnahmen wie der Einrichtung von Matchingformaten mit Arbeitgebenden oder einer intensiven Betreuung durch die Jobcenter sollen Geflüchtete schnell ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können und in Arbeit und Gesellschaft ankommen. Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) werden 343 neue Stellen geschaffen, um damit auch die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler umzusetzen. Weiter stehen Mittel zur Verfügung, um kurzfristig zusätzliche Entscheider:innen einstellen zu können. Gleichzeitig wollen wir auch mehr Tempo, Qualität und Akzeptanz bei den Asylverfahren erreichen. Dazu bauen wir eine behördenunabhängige Asylverfahrensberatung (AVB) auf.

GIRLS DAY 2024 IM BUNDESTAG

Auch in der Politik brauchen wir Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen. Deshalb beteiligt sich die SPD-Fraktion im Bundestag auch in diesem Jahr am 24. April am Girls Day. Ein Mädchen aus meinem Wahlkreis kann an dem sehr interessanten Angebot der SPD-Bundestagsfraktion teilnehmen. Erfahrene Kolleginnen werden den Mädchen bei einer Diskussionsrunde Rede und Antwort stehen und zeigen, welche Qualifikationen notwendig sind, um in der Politik engagiert und erfolgreich zu arbeiten. Neben einer Besichtigung des Bundestages mit dem Besuch der Reichstagskuppel ist ein gemeinsames Frühstück mit unserem Bundestagsfraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich geplant. Es besteht außerdem die Möglichkeit am PolitikParcours – Gang durch die Gesetzgebung als Planspiel und an einer Plenarsitzung teilzunehmen. Da nur ein Platz aus dem Wahlkreis zur Verfügung steht, entscheidet bei Mehrfachbewerbungen das Losglück.

Das Mindestalter der Teilnehmerinnen muss zwischen 16 und 18

Jahren liegen.

Bitte schickt uns eine kurze Bewerbung inklusive eines Lebenslaufes bis zum 5. März an die Wahlkreisbüros in Hameln oder Holzminden per Mail: johannes.schraps.wk@bundestag.de

nes.schraps.wk@bundestag.de möglich. Ich wünsche euch viel Erfolg bei der Bewerbung und freue mich eine von euch hier im Bundestag in Berlin persönlich kennenzulernen.

Bewerbt Euch jetzt für den Girls' Day 2024!



Ihr wollt Abgeordnete kennenlernen und hinter die Kulissen des Bundestages gucken?

Alle Infos rund um die Bewerbung in der Caption.

SPD Fraktion im Bundestag

Foto: Per Jacob Blut

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Benjamin Beineke, Alexandra Bruns, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Helena Truchla

johannes.schraps@bundestag.de